also von der Leitung als „unzuverlässig" bezeichnet und abgetan. Unter den alten SS-Leuten entstand wegen dieser Behandlung der Angelegenheit ein starker Unwille. Sie erklären, daß sie schon große Opfer für die Bewegung gebracht hätten, erwerbslose Kameraden ihre Uniform und Ausrüstung völlig aus eigenen Mitteln hätten beschaffen müssen, und jetzt, da die Bewegung an einem bestimmten Punkt angelangt sei, drängen sich alle möglichen, sogenannte „bessere Leute" heran, die etwas werden wollen. Aus diesem Grunde steigt die Empörung der Arbeiter innerhalb der NSDAP immer mehr, als deren erster Ausfluß der Austritt zehn der ältesten SS-Leute und ihres Sturmführers zu betrachten ist.

Zersetzung bei den Plauener Nazis

NSBO-Kreisleiter Richter zur KPD übergetreten

Im vogtländischen Gebiet und vornehmlich in Plauen, ist ein wachsender Zersetzungsprozeß in der NSDAP zu beobachten, über den wir bereits kürzlich ausführlich berichtet haben. Dieser Zersetzungsprozeß hat nunmehr einen besonders charakteristischen Ausdruck im Uebertritt des bisherigen NSBO-Kreisleiters Erich Richter zur KPD gefunden. Richter hat der UBL der KPD eine Erklärung übermittelt, worin es u. a. heißt:

Als Kreisleiter der NSBO hatte ich die Aufgabe die Rechte der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer wahrzunehmen, selbstverständlich auch innerhalb der Partei.

Sollte nun wirklich einmal einem Arbeiter das ihm zustehende Recht zugesprochen werden, so wurde das von der Unternehmerführerclique brutal unterdrückt.

Nationalsozialisten, SA- und SS-Proleten! Erkennt das wahre Gesicht der NSDAP! Findet auch ihr den Weg zur wirklichen und wahren Arbeiterpartei, der KPD, ehe euch die reaktionären Führer der Nazibewegung noch vollends zu Sklaven dieses Systems machen! Ich entschloß mich zu diesem Weg! Ich fordere euch auf: Folgt meinem Beispiel!

gez.: Erich Richter."

Diese Erklärung gehört in die Hand jedes ehrlichen Nazi-Proleten. Sie ist ein eindeutiger Beweis dafür daß nur durch den verschärften Klassenkampf des Proletariats gegen die Kapitalsdiktatur auch die Proletarier der NSDAP zurückgewonnen werden konnen für ihre Klasse!

Hitlerjugend gesetzlich geschützt

Der kommissarische preußische Kultusminister Staatssekretär Lammers, hat an alle Schulverwaltungen einen Erlaß gerichtet, wonach die Zugehörigkeit zu einer Jugendorganisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei den Schulkindern in Preußen nicht verboten ist.

Die Hitlerjugend wird also in Preußen gesetzlich geschützt, aber die Pionierbewegung wird auf Schritt und Tritt verfolgt und ist bereits an zahlreichen Orten verboten. Auch dieses Beispiel zeigt, wen die Papen-Bracht-Regierung in Preußen für staatsgefährlich hält und wen nicht. Die Papennazis sind angesehene Leute, aber die revolutionären Arbeiterorganisationen werden unterdrückt.

Zieht daraus die Lehre, alle drei Generationen der Arbeiterklasse gehören in die rote Einheitsfrontaktion!

Monarchistische Umtriebe des Exkronprinzen

Auf Reichswehr, Polizei und Stahlhelm gestützt will er Reichsverweser werden

Berlin, 12. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Der gestrige „Abend"-Vorwärts berichtet an der Spitze über monarchistische Umtriebe des Exkronprinzen, der gern „Reichsverweser" werden möchte. Der Exkronprinz soll behauptet haben, daß er sich darüber mit Papen, Schleicher und Hindenburg einig sei. Im geeigneten Zeitpunkt werde Hindenburg ihn zum Reichsverweser bestimmen und zurücktreten. Er werde sich dann auf Reichswehr, Schupo und 400 000 bewaffnete Stahlhelmer stützen. Der Exkronprinz von Bayern sei ebenfalls einverstanden und werde am gleichen Tage an die Spitze eines Donau-Königreiches treten.

Die Papen-Schleicher-Regierung erklärt heute früh, daß sie mit den Plänen des Exkronprinzen nichts zu tun habe. Die Pläne selbst werden von der Regierung nicht dementiert.

Im übrigen hat derselbe Papen am Sonntag vor den Stahlhelmern in Berlin gesprochen. Aus Anlaß einer Filmveranstaltung, an der unter anderem eine ganze Serie Prinzen und auch der Exkronprinz teilgenommen haben, ergriff der Reichskanzler das Wort und erklärte:

„Dreizehn Jahre lang hat der Stahlhelm für die Grundlagen des neuen Reiches gekämpft. Der Stahlhelm soll nicht umsonst gekämpft haben."

Es muß angenommen werden, daß dem Kanzler auch schon am Sonntag die monarchistischen Pläne des Exkronprinzen bekannt waren und trotzdem hat er die bezeichnende Erklärung abgegeben. Jedem Arbeiter ist bekannt, wofür der Stahlhelm kämpft, aber die Regierung hat mit den Plänen des Stahlhelms, die die Pläne des Exkronprinzen sind, „nichts zu tun".

Interessant dabei ist, daß auch die Nazis sofort wieder von der Partie sind. In Braunschweig, wo es vor einigen Tagen erst zu einer blutigen Schlägerei zwischen Nazis und Stahlhelm kam, hielt der Nazireichstagspräsident Göring just zur selben Zeit, da die kronprinzlichen Pläne bekannt werden, eine Rede, in der er seine Partei mit folgenden Worten dem Stahlhelm anbot:

„Wir haben niemals den Stahlhelm bekämpft und werden ihn auch niemals bekämpfen. Wir verlangen von keinem Kämpfer dieser Organisation Treubruch."

Hugenberg und Seldte werden mit dem Nazi-Göring zufrieden sein. So wie der tapfere Fliegerhauptmann im Reichstag vor Papen kuschte, so biedert er sich jetzt bei den Hugenbergleuten an. Hauptsache ist für diese Nazi-Karrieristen, daß sie den Anschluß an die Leute nicht verlieren, von denen man einmal Staatskrippen erhalten kann.

Die Rede Görings entlarvt den ganzen Schwindel des „Kampfes" der Nazipartei gegen Stahlhelm, Hugenberg und Papen. Sie haben die Hugenberger nie bekämpft und werden es nie tun. Denn Papen, Schleicher, Hugenberg gehören zur gleichen faschistischen Front, wie die Nazis. Görings Rede soll die Wege ebnen, auf denen man nach den Reichstagswahlen wieder gemeinsam marschieren kann. Vorher wird noch ein bißchen gehetzt, um die rebellierenden SA-Mitglieder bei der Stange zu halten. Wie lange noch wollen die werktätigen Nazianhänger sich von den Hakenkreuzführern so schamlos belügen und betrügen lassen?

Lohnraub mit Hilfe der Gewerkschaften

In der Schuhmachereiabteilung der Berliner Lehr- und Beschäftigten-Werkstätten in Treptow, wollte die Geschäftsleitung die Akkordsätze um die Hälfte herabsetzen. Der Vertreter des Schuhmacherverbandes erklärte sich mit diesem ungeheuren Lohnabbau einverstanden. Die Belegschaft dagegen beschloß einstimmig in den Streik zu treten. Um die Arbeiter vom Streik abzuhalten, verschloß die Betriebsleitung die Fabriktore. Unter dem Druck der kämpfenden Arbeiter mußten die Tore aber sofort wieder geöffnet werden.

Die Belegschaft der Glaswerke Gelsdorf in Weißwasser ist geschlossen in den Streik gegen einen von der Direktion verordneten Lohnraub von 10 Prozent getreten.

800 Prozent Bürgersteuer in Dresden

Wie die Nachrichtenstelle der Stadt Dresden bekannt gibt, hat der Rat in seiner gestrigen Sitzung erneut zu der Frage der Bürgersteuer für 1933 Stellung genommen. Während in der vorigen Sitzung noch 700 Prozent abgelehnt wurden, ist gestern beschlossen worden, im Jahre 1933 800 Prozent zu erheben.

Damit tritt ein, was wir bereits vor einer Woche behaupteten. Der Rat ist mit 800 Prozent sogar über den von ihm vorige Woche abgelehnten Vorschlag von 700 Prozent um 100 Prozent hinausgegangen. Das bedeute praktisch,

daß ein Familienvater mit 18 bis 20 Mark Wochenverdienst 48 Mark Bürgersteuer für das Jahr 1933 zu zahlen hat.

Beinahe drei Wochenlöhne soll also der schlechtbezahlte Proletarier aufbringen, um dem Rat zu ermöglichen, 50 000 Mark jährlich an die schwerreiche Firma Villeroy u. Boch, eine Million jährlich für die Staatstheater und drei Millionen Mark Zuschuß für die Polizei zahlen zu können.

Dieser Beschluß kommt gerade zur rechten Zeit, um auch dem letzten Proletarier in Dresden zu zeigen, welch abgrundtiefer Heuchelei die SPD mit ihren Steueranträgen, die nur gegen die Reichsregierung gerichtet waren und die sie zu nichts verpflichteten, fähig ist. 48 Mark soll der Proletarier zahlen, weil SPD und Nazis gemeinsam die Anträge der Kommunisten auf Besteuerung der Millionäre und großen Vermögen ablehnten. Jetzt heißt es:

Alles mobil gemacht gegen den unerhörten Steuerdruck für die Forderung der Kommunisten!

Heraus zum roten Volkskongreß!

Chemnitzer Presto-Belegschaft streikt

Am Montagmittag trat die Belegschaft der Prestowerke in Chemnitz in den Streik. Der Belegschaft wurde vor einigen Tagen durch Aushang bekanntgemacht, daß ein Lohnabbau von 12½ Prozent oder 50 Prozent für die 31. bis 48. Wochenarbeitsstunde durchgeführt werden sollte. Die Belegschaft lehnte diesen Lohnabbau in einer Belegschaftsversammlung einstimmig ab und verließ geschlossen den Betrieb.

Die Prestobelegschaft gibt der gesamten Metallarbeiterschaft ein leuchtendes Beispiel, wie auch in den Metallbetrieben gegen den Lohnabbau gekämpft werden muß.

Notverordnungslohnabbau abgewehrt

Der Streik bei Möller & Horn in Chemnitz wurde auf Vorschlag der Streikleitung einstimmig abgebrochen. Der Unternehmer hatte am Sonnabend an die alte Stammbelegschaft Schreiben versandt, in welchen er den Arbeitern mitteilte, daß sie zu den alten Löhnen und Arbeitsbedingungen am Montag wieder im Betrieb anfangen könnten und die Notverordnung sich für die Firma erledigt hätte.

Streik im Berliner Hafen

Berlin, 12. Okt. (Eig. Drahtb.)

Die Belegschaft der Berliner Hafen- und Lagerhaus-AG. nahm gestern zu der von der Direktion geforderten Verschlechterung des Manteltarifs Stellung. In der Urabstimmung stimmten 80 Prozent der Berliner Hafenarbeiter für den Streik. Ab heute früh liegt der Berliner Hafenbetrieb still.

Die Streiklage in den Warschauer Gaswerken verschärft sich zusehends. In den übrigen Gemeindebetrieben, in den Wasserwerken, Elektrowerken und bei den Straßenbahnern, wächst die Streikstimmung. In der Stadt wurden Flugblätter verteilt, die zum Generalstreik der Gemeindearbeiter auffordern.

An den Machtverhältnissen ändert sich nichts

Die Komödie vor dem Staatsgerichtshof

„Dresdner Volkszeitung" ködert ihre Leser mit neuen Illusionen

Leipzig, 12. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Auch der zweite Verhandlungstag in der Klage der abgesetzten preußischen Minister gegen die Reichsregierung erbrachte den Beweis für die völlige Kapitulation der SPD-Minister vor der Papen-Schleicher-Regierung. In einer Erklärung hielt der Reichsinnenminister von Gayl die Behauptung aufrecht, daß Severing von ihm mit den Worten: „Warten Sie nicht mehr lange ab" — die Einsetzung eines Staatskommissars in Preußen gefordert habe.

Auch Severing wartet gestern mit einer neuen Erklärung auf, die nochmals seine grundsätzliche Zustimmung zu den Verfassungsplänen der Papen-Schleicher-Regierung unterstrich. Nach dem Bericht des „Vorwärts" erklärte Severing, er habe zu Gayl folgendes gesagt:

„Es sei nach der Reichstagswahl eine Situation denkbar, in der sowohl der Reichstag als auch der Preußische Landtag völlig versagten. Wenn in solcher Situation eine starke Zusammenfassung der Machtmittel von Reich und Preußen erfolge, würde die Reichsregierung eine bessere Plattform haben, als wenn sie ohne gesetzlichen Grund die Sondermaßnahmen der Einsetzung eines Reichskommissars gegen Preußen ergreifen würde."

Diese Erklärung Severings bestätigt vollinhaltlich die Behauptungen des Freiherrn von Gayl. Severing hat sich grundsätzlich für die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen ausgesprochen. Aber das sollte erst nach den Reichstagswahlen geschehen.

Mit dieser Erklärung Severings wird die feige Kapitulation der SPD vom 20. Juli vollendet.

An den tatsächlichen Machtverhältnissen ändern solche Professorenreden natürlich nicht das geringste. Trotzdem nimmt die „Dresdner Volkszeitung" von gestern in einer Weise zu dieser Justizkomödie Stellung, die den sozialdemokratischen Arbeitern trotz aller praktischen Erfahrungen der letzten Monate immer wieder einreden soll, daß der Staatsgerichtshof eine für das Leben der Arbeiterschaft wichtige Entscheidung zu fällen habe. Das Blatt will seinen Lesern an der Spitze seiner gestrigen Ausgabe einreden:

„Der Staatsgerichtshof hält heute sozusagen das Schicksal des Deutschen Reiches in Händen. Die Richter entscheiden, ob das, was Hindenburg am 20. Juli verordnete und Papen ausführte, auch Rechtens sei im Sinne der Reichsverfassung von Weimar."

Und dann gerät die „Dresdner Volkszeitung" geradezu in Verzückung bei dem Gedanken, daß vor dem Staatsgerichtshof „über Geschichte Recht gesprochen" werde. Ueber das Verhalten der sozialdemokratischen Hüter des „letzten Bollwerks der Demokratie", die nach Preisgabe aller Machtmittel nun auf dem Staatsgerichtshof über das verlorene Gut rechten und von dem Vertreter der Papenregierung bei ihren Worten genommen werden, sagt diese Zeitung:

„Dieser Gottheiner hat die Geschmacklosigkeit zu behaupten, der preußische Innenminister Severing habe bereits mehrere Wochen vor dem 20. Juli selbst dem Reichsinnenminister von Gayl seine Uebereinstimmung mit den Ansichten der Papenregierung ausgedrückt."

Sie bestreiten also nicht, sondern werfen der Papenregierung lediglich Indiskretion vor und unterstreichen damit nur, was wir schon immer behaupteten und was Severing selbst in seiner Erklärung indirekt bestätigt.

In der bürgerlichen Presse, auch in der, die zu den ehemaligen preußischen Ministern steht, wie z. B. im „Berliner Tageblatt", wird ganz eindeutig bereits das zu erwartende Ende dieses „interessanten Rechtsstreites" vorausgesagt, daß „auch in einem Rechtsstaat das Recht nichts anderes als eine Funktion der politischen Macht" sei. So wird die Komödie vor dem Staatsgerichtshof an den tatsächlichen Machtverhältnissen in Deutschland nicht das geringste ändern. Die sozialdemokratischen Führer aber versuchen, nach wie vor krampfhaft der Arbeiterschaft einzureden, daß dort „Schicksal" gespielt wird. Die SPD-Arbeiter werden sehr bald um diese Illusion leichter sein und begreifen, daß sie in Antifaschistischer Aktion mit uns um die Befreiung der Arbeiterschaft kämpfen müssen.

Die Nazi-Anwälte Frank II und Luetgebrune haben die Verteidigung des Obertschiebers Lahusen niedergelegt. Irgendeine Begründung haben die Nazi-Anwälte für ihr Vorgehen nicht gegeben. Aber trotzdem weiß jeder Werktätige, warum — ausgerechnet ein paar Wochen vor der Wahl — die Nazi-Anwälte die Verteidigung eines Schiebers abgegeben haben. Jetzt kurz vor der Wahl wollen die Nazis diese Belastung gerne los werden.

Streik im Papen-Betrieb

Die Arbeiter der Dresdner Fabrik Villeroy & Boch müssen Solidarität üben

In Torgau streikt die Belegschaft der Steingutfabrik Villeroy u. Boch, deren Familienmitglied der Reichskanzler von Papen ist.

Am Sonnabend verhandelten ohne Wissen der Belegschaft und ohne Befragen der Zentralstreikleitung, die Gewerkschaftsbürokraten des Fabrikarbeiterverbandes, Apelt und Mierschke, mit der Werksleitung von Villeroy u. Boch. Die Firma erklärte sich bereit, anstatt einen zehnprozentigen nur einen fünfprozentigen Lohnabzug durchzuführen.

Die Zentralstreikleitung nahm am Sonntag zu dem verräterischen Vorgehen der Gewerkschaftsbürokratie Stellung. Die gesamte Streikleitung stimmte einer Entschließung zu, daß niemand als die Zentralstreikleitung in diesen Lohnfragen zu verhandeln hat. Auch die freigewerkschaftlichen Kollegen in der Streikleitung entschieden sich ausdrücklich und eindeutig gegen die Bürokratie. Die Bürokraten sind wieder nach Berlin und Magdeburg abgereist.

Die Stimmung der Streikenden ist außerordentlich begeistert. Die gesamte Bevölkerung von Torgau und Umgegend begrüßt das Vorgehen der Steingutproleten. Hunderte von Erwerbslosen wurden zur Arbeit nach der Steingutfabrik beordert. Nicht ein einziger hat die Arbeit aufgenommen!

Die in der Dresdner Zweigfabrik von Villeroy und Boch gleichfalls für einen Hundelohn schaffenden Kollegen, müssen sich mit den Torgauer Streikenden solidarisch erklären. Sie dürfen keine Streikbrecherarbeit leisten, sondern müssen deren Streik durch die Aufnahme des eigenen Kampfes unterstützen.

12 Arbeiter vom Tode bedroht

Vorgestern begann vor dem Hamburger Schwurgericht der Prozeß gegen 12 Hamburger Arbeiter, die wegen Mordes und Landfriedensbruches angeklagt sind, weil bei einem Zusammenstoß mit Nazis ein Nationalsozialist getötet wurde. Das Schwurgericht mußte auf morgen vertagt. Vor dem Gericht drängten sich Ansammlungen, Polizei mußte sie unter Einsatz eines Pferdes zerstreuen.